

OA-Update

Osteuropa – 2020/12

(Stand: 15. September 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses,

mit dem aktuellen OA-Update Osteuropa informieren wir Sie wieder über die Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau).

Zusammenfassung

In der Region sorgt Belarus weiterhin für internationale Schlagzeilen. Die Oppositionsbewegung und Präsident Lukaschenko stehen sich weiterhin konfrontativ gegenüber. Ein Dialog beider Seiten scheint unwahrscheinlich. Der Amtsinhaber wendet sich verstärkt nach Russland und lehnt Neuwahlen, einen Rücktritt, aber auch den Austausch mit den Oppositionskräften weiterhin ab. Bei einem Treffen in Sotschi erklärte sich Russlands Präsident Putin am 14. September bereit, Belarus einen neuen Kredit in Höhe von umgerechnet 1,5 Milliarden US-Dollar zu gewähren. Darüber hinaus strebe man eine enge Partnerschaft in Wirtschaftsfragen und beim Militär an. Belarus hat laut eigenem Finanzministerium 18 Milliarden US-Dollar Schulden im Ausland. Der größte Teil davon entfällt auf Russland.

Die Infektionsdynamik des Coronavirus hat sich nach offiziellen Zahlen in Armenien, Aserbaidschan und Belarus verlangsamt. Georgien verzeichnet weiterhin ein vergleichsweise sehr geringes Infektionsgeschehen. Die Ukraine hält ihre Grenzen für den internationalen Reiseverkehr bis mindestens zum 28. September 2020 geschlossen und Aserbaidschan hat das Quarantäne-Sonderregime bis zum 30. September 2020 verlängert. In allen Ländern der Region ist ein starker Einbruch des Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die Talsohle durchschritten ist.

Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der Ost-Ausschuss in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). In einer gesonderten wöchentlichen Übersicht informiert der Ost-Ausschuss außerdem über die Fallzahlen und Infektionsdynamiken in der Region. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem Update.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- [Wirtschaftspolitik](#)
- [Konjunktur](#)
- [Projekte](#)
- [Veranstaltungsnachlese](#)
- [Kommende Veranstaltungen](#)

- [Tipps & Links](#)
- [Kontakt](#)

Wirtschaftspolitik

Ukraine

In der Ukraine haben sich in den **vergangen sieben Tagen durchschnittlich pro Tag über 2.600 Menschen mit dem Corona-Virus angesteckt**. Daher bleiben die **Landesgrenzen weiter geschlossen**. Ausländer mit einer permanenten Aufenthaltsgenehmigung, Flüchtlinge sowie Transitreisende sind von der Regelung ausgenommen. Personen, die auf Einladung des ukrainischen Außenministeriums sowie im Rahmen diplomatischer Missionen in die Ukraine einreisen, sind gleichfalls nicht betroffen. Personal, wie Berufskraftfahrer oder Crews von Flugzeugen dürfen ebenfalls einreisen. **Die Regelung gilt zunächst bis zum 29. September 2020.**

Gleichzeitig wurden die **Regionen des Landes in grüne, gelbe, orange und rote Zonen** eingeteilt, um gültige Quarantänemaßnahmen anzuzeigen. Weiterhin sind **alle Regionen in der gelben, orangen oder roten Kategorie**. Das Kabinett aktualisiert regelmäßig die Einordnung und stellt diese Informationen (in ukrainischer Sprache) auf seine Website. Die Informationen finden Sie [hier](#).

Im Zuge der Corona-Krise sanken die Exporte ukrainischer Agrarerzeugnisse in die EU-Staaten in den ersten fünf Monaten 2020 um 7,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. **Die Ukraine konnte sich aber in den ersten Monaten des Jahres als wichtigster Importeur von Agrargütern hinter Großbritannien, Brasilien, den USA und vor China behaupten**. Das Land erzielte insgesamt einen Anteil von 5,8 Prozent der in die EU gelieferten Agrargüter. Hingegen wuchsen die EU-Agrarexporte in die Ukraine zwischen Januar und Mai 2020 um 1,6 Prozent.

Für Diskussionen sorgten in den vergangenen Wochen die Vorgänge um **die Unabhängigkeit der ukrainischen Anti-Korruptionsbehörden**. Im Mai 2020 hatten 51 Abgeordnete des ukrainischen Parlaments eine Beschwerde eingereicht, mit der die verfassungsgemäße Ernennung des derzeitigen Direktors des Nationalen Anti-Korruptionsbüros (NABU) Artem Sytnyk unter Präsident Poroschenko angezweifelt wird. **Der Verfassungsgerichtshof gab der Beschwerde am 28. August 2020 statt und erklärte die Ernennung von Sytnyk aus dem April 2015 als nicht verfassungskonform**. Im Rahmen eines Austausches des ukrainischen Premierministers mit den G7-Botschaftern wurde die Forderung nach unabhängigen Anti-Korruptionsbehörden nochmals unterstrichen.

Der **Internationale Währungsfonds äußerte sich in diesem Zusammenhang besorgt** und machte die **Auszahlungen** im Rahmen des laufenden IWF-Unterstützungsprogramms (Stand-By Agreement) **davon abhängig, dass das Nationale Anti-Korruptionsbüro, das Büro des Anti-Korruptionsanklägers sowie der Hohe Anti-Korruptionsgerichtshof unabhängig von politischer Beeinflussung sind**. Der ukrainische Finanzminister Marchenko geht davon aus,

dass die Ukraine alle strukturellen Voraussetzungen in der Kooperation mit dem IWF erfülle und rechnet mit der Auszahlung von rund 1,4 Milliarden US-Dollar durch den IWF. Bislang wurden 2,1 Milliarden US-Dollar aus dem laufenden Programm an die Ukraine überwiesen.

Am 15. September 2020 hat die ukrainische Regierung die **Budgetplanungen für das Jahr 2021 vorgelegt**. Die Regierung rechnet mit einem Wachstum des Bruttoinlands-Produktes um 4,7 Prozent und plant mit einem Budgetdefizit in Höhe von rund sechs Prozent.

Im Rahmen einer **Strategietagung zum ukrainischen Gassektor** bekräftigte Premierminister Schmyhal das strategische Ziel der Ukraine, die **eigenen Ressourcen zur Gasexploration deutlich zu steigern** und somit unabhängiger von Importen zu werden. Der ukrainische Gasmarkt wird zurzeit mit Blick auf die Preisbildung für den Endverbraucher sowie auf die Gasversorgung flexibilisiert. Derweil vermeldete der Staatliche Gasnetzbetreiber (TSO) **Rekordimporte von Gas**. Zwischen Januar und August 2020 flossen 12,5 Milliarden Kubikmeter Gas in die Ukraine. Dies sind mit 2,9 Milliarden Kubikmetern **etwa 30 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum**. Hauptimportpartner waren die Slowakei, Ungarn und Polen.

Die ukrainische Regierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine **Nationale Wirtschaftsstrategie für die Ukraine bis zum Jahr 2030** entwickeln soll. Ziel ist es, eine Wirtschaft zu entwickeln, die vor allem auf **Innovation, eine tiefere Wertschöpfungsdichte im Land und eine stärkere nationale Produktion** setzt. Der bisherige Entwicklungspfad, der vorrangig aus komparativen Kostenvorteilen und den Export von Rohstoffen basiert, soll damit möglichst abgelöst werden.

Premierminister Schmyhal bekräftigte das Ziel, Kredite für kleine und mittelgroße Unternehmen sowie für staatliche Unternehmen im Schnitt für sieben Prozent oder weniger anbieten zu können. Gleichzeitig soll der **staatliche Garantiefonds exportorientierte Unternehmen mit günstigen Krediten** versorgen. Derzeit ist dieser mit rund fünf Milliarden Griwna, rund 150 Millionen Euro, gefüllt. Die Nationalbank der Ukraine hat den Leitzins Anfang September bei sechs Prozent belassen.

Präsident Selenskyj hat die Regierung aufgefordert, binnen drei Monaten ein **neues Programm zur Förderung der IT-Wirtschaft in der Ukraine vorzulegen**. Verbessert werden sollen Steuerfragen und arbeitsrechtliche Regelungen, aber auch das Formalisieren“ von Arbeitsverhältnissen soll Gegenstand der Initiative sein. Ebenfalls sollen die **Möglichkeiten, ausländische IT-Fachkräfte für die Ukraine zu gewinnen, verbessert werden**. Aus- und Weiterbildungsprogramme sollen ebenfalls entwickelt werden.

Belarus

Nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August ist eine breite Protestbewegung gegen den Langzeitpräsidenten Alexander Lukaschenko entstanden. **Tägliche Protestaktionen im ganzen Land und besonders die sonntäglichen Großdemonstrationen prägten die vergangenen Wochen**. Gleichzeitig gehen die Sicherheitsbehörden massiv gegen die Demonstranten vor. Die Mitglieder des von der Opposition gegründeten Koordinierungsrates sind entweder in Haft oder mussten das Land verlassen.

Diese Situation der politischen Unsicherheit schlägt sich auch in der Wirtschaft nieder und droht die ohnehin schon vorhandenen wirtschaftlichen Probleme weiter zu verschärfen. Nach Angaben des Nationalen Statistik-Komitees des Landes schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 um 1,7 Prozent. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet der Internationale Währungsfonds IWF einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund fünf Prozent. Die deutschen Exporte nach Belarus gingen im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent zurück. Die belarussischen Einfuhren nach Deutschland sanken um drei Prozent.

Durch die regelmäßige, politisch gesteuerte Abschaltung des Internets ist der **IT-Bereich von sich verschlechternden Rahmenbedingungen betroffen**. Viele IT-Unternehmen denken daher darüber nach, ihre geschäftlichen Aktivitäten aus Belarus in andere Länder zu verlagern oder haben in den vergangenen Wochen bereits Personal ins Ausland geschickt. **Nachbarländer haben bereits begonnen, aktiv belarussische Spezialisten aus dem IT-Bereich abzuwerben**. In den ersten sieben Monaten 2020 lag der Anteil des IKT-Sektors am belarussischen BIP immerhin bei 7,6 Prozent. Damit ist der Sektor einer der wenigen kontinuierlich wachsenden Branchen mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit: 2019 erzielten die belarussischen IT-Unternehmen insgesamt 2,4 Milliarden US-Dollar Exporterlöse, was einem Fünftel der gesamten Dienstleistungsexporte entsprach.

Zudem scheinen **ökonomische Entscheidungen** gegenwärtig weniger von wirtschaftlichen als **vielmehr von (geo)politischen Erwägungen dominiert zu werden**. So beginnt der belarussische Ölchemiekonzern „Belneftechim“ damit, die Exporte belarussischer Ölprodukte über russische Ostseehäfen umzuleiten, statt diese über Litauen und Lettland abzuwickeln. Die Kosten dafür werden auf das Zweieinhalbfache der bisherigen Kosten beziffert. Daneben haben Litauen, Lettland und Estland erklärt, keinen Strom aus dem belarussischen Kernkraftwerk Astrawetz kaufen zu wollen, wenn dieses ans Netz geht.

In der Diskussion sind weiterhin **personenbezogene Sanktionen der Europäischen Union und anderer Länder** gegen Beteiligte von Wahlfälschung und Polizeigewalt. Diskutiert wird, ob auch Staatschef Lukaschenko direkt auf die Sanktionsliste kommen soll. Eine Entscheidung dazu ist noch nicht gefallen.

Der **Wechselkurs der Landeswährung** hat sich unterdessen **stabilisiert**. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit. Im August 2020 zogen belarussische Bankkunden Devisen-Einlagen in Höhe von 226,2 Milliarden US-Dollar von den Banken ab und die Ratingagentur **Standard & Poor's hat den Ausblick** für die langfristige Bonität von Belarus **von „stabil“ auf „negativ“ gesenkt**. Das Land liegt jedoch weiter auf dem Rating-Niveau „B“.

Südkaucasus

Region

Das Fraser-Institute hat seine 2020er Ausgabe zur **weltweiten Untersuchung zur wirtschaftlichen Freiheit herausgegeben**. **Georgien** belegt unter den 162 untersuchten Ländern **Rang acht**, mit besonders gutem Abschneiden im Bereich Freihandel. Unterdurchschnittlich schneiden die Regulierungen im Arbeitsmarkt ab. **Armenien** belegt

insgesamt Rang **18** mit sehr guten Werten bei Geldpolitik und Freihandel. Es folgen auf den Rängen **112, 123 und 124 Aserbaidtschan, die Ukraine und Belarus**. Defizite sehen die Autoren im Bereich Rechtssystem und beim Schutz von Eigentumsrechten insbesondere in Belarus und in Aserbaidtschan. Besonderen Nachholbedarf attestieren die Autoren der Studie in der Ukraine bezüglich der Regulierung des Kredit- und Arbeitsmarktes sowie bei den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen. **Der vollständige Bericht kann [hier](#) abgerufen werden.**

Armenien: Mit Wirkung vom 11. September 2020, 17:00 Uhr, wurde **die landesweite Corona-Notsituation aufgehoben**, in deren Rahmen verschiedene Einschränkungen des öffentlichen und des Wirtschaftslebens einher gingen. In der Folge ist es zum Beispiel allen Fluglinien erlaubt, die vor den Einschränkungen Landerechte für Armenien besaßen, nun wieder regulär und ohne Einschränkungen Ziele in Armenien anzusteuern. Gleichzeitig sind seit dem 15. September 2020 die Schulen in Armenien wieder geöffnet. In diesem Zusammenhang hat die Ukraine Armenien auf die „grüne Liste“ der Staaten genommen, aus den in die Ukraine eingereist werden kann.

Georgien: Der Investitionsstandort **Georgien** hat der Coronakrise getrotzt. Das georgische Statistikamt bezifferte die **ausländischen Direktinvestitionen** im zweiten Quartal 2020 auf insgesamt 237,8 Millionen US-Dollar. Dies sind **0,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum**. Ausländische Unternehmen investierten besonders in den Finanzsektor (78,1 Millionen US-Dollar), in den Energiesektor (29,6 Millionen US-Dollar) sowie in den Bausektor (27,7 Millionen US-Dollar). Auch die **georgischen Unternehmen schauen positiver in die Zukunft**. Das Wirtschaftsforschungsinstitut ISET veröffentlichte den Business Confidence Index für das dritte Quartal 2020. Besonders zuversichtlich sehen die Baubranche, die Finanzbranche sowie Handel und Dienstleistung in die Zukunft. Im Vergleich zum Vorquartal werden die Aussichten für das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft negativer bewertet.

Aserbaidtschan: Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten von **Aserbaidtschan** Ali Asadov tagte am 11. September 2020 der neu gegründete Wirtschaftsrat. Mitglieder sind Assistenten des Präsidenten von Aserbaidtschan Shahmar Movsumov und Natig Amirov, Assistenten des Ersten Vizepräsidenten von Aserbaidtschan Emin Huseynov und Khalid Ahadov, Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov, Finanzminister Samir Sharifov, Minister für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung Sahil Babayev, Vorsitzender der Zentralbank Elman Rustamov sowie der Exekutivdirektor des Staatlichen Ölfonds Israfil Mammadov. **Der Wirtschaftsrat soll perspektivisch einen wirtschaftspolitischen Rahmen entwickeln**, um mehr **öffentliche Investitionen sowie nationale und internationale Investitionen zu realisieren**. Das Gremium berichtet direkt an den Präsidenten.

Konjunktur

Ukraine: Das **Bruttoinlandsprodukt** der Ukraine ist nach einer vorläufigen Schätzung des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft zwischen Januar und Juli 2020 um 6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr **geschrumpft**. Allein im zweiten Quartal war das BIP um 11,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen.

Die Landeswährung Hrywna gab weiter nach. Lag der Wechselkurs zum Euro bis Anfang März noch stabil bei unter 28 Hrywna, liegt dieser seit Mitte Juli konstant über 32 Hrywna je Euro mit steigender Tendenz.

Armenien: Nach Angaben des Nationalen Statistik Komitees ist das **Bruttoinlandsprodukt** zwischen Januar und Juli 2020 **um 5,7 Prozent** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum **geschrumpft**. Allein im Juli betrug der Rückgang 10,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders betroffen waren der Bausektor (minus 22,6 Prozent) und der Handel (minus elf Prozent). Der Dienstleistungsbereich schrumpfte um 9,3 Prozent. Das Außenhandelsvolumen ging um 11,3 Prozent zurück, wobei der Export um 6,4 Prozent und der Import um 13,7 Prozent schrumpfte.

Georgien: Die georgische **Wirtschaft** befindet sich **auf dem Pfad der Erholung**. Sank das Bruttoinlandsprodukt im Juni 2020 noch um 7,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, verringerte sich der Rückgang im Juli 2020 auf 5,5 Prozent, wie die nationale Statistikbehörde mitteilte. Gleichzeitig zeigen **sich tiefe Spuren der Corona-Krise im georgischen Außenhandel**. Zwischen Januar und August 2020 sanken die Exporte um 14,7 Prozent und die Importe um 17,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Insgesamt **schrumpfte das Außenhandelsvolumen um 16,7 Prozent**.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Der Ost-Ausschuss organisierte am **2. September 2020** einen Austausch zwischen über 50 Mitgliedsunternehmen des Verbandes und des Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclubs mit dem **Deutschen Botschafter in Minsk**, Manfred Huterer. Im Zentrum standen die aktuellen politischen Entwicklungen, deren mögliche Auswirkungen auf das unternehmerische Handeln und die Perspektiven des Landes.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an zusätzlichen Onlineformaten, um Ihnen fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

17. September 2020: Diplomacy meets Digitalization mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft – **VERLEGT auf Ende Oktober**.

30. September – 2. Oktober 2020: Wirtschaftspolitische Gespräche in der Ukraine (tbc)

7. Oktober 2020: [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (mehrteilige Online-Reihe); Schwerpunkt: E-Health.

15. Oktober 2020: Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan (digital)

Zweite Jahreshälfte 2020: Delegationsreise Aserbaidschan (tbc)

10. November 2020: Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Herbst 2020: Webinar-Reihe zum ukrainischen Energiemarkt

Tipps & Links

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA im Kampf gegen die COVID19-Pandemie erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Übersicht zu den Maßnahmen der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der **Europäischen Union** zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. <https://www.german-economic-team.com>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:

<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidschan:

<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus:

<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien:

<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine:

<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegebein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.